

Seit Berlin sich klarer zu seinem internationalen Rang bekennt, wächst die Neigung, die Stadt mit Zerstörung und Blockade unter Druck zu setzen. Eine Zeit der Machtproben droht

Die erpressbare Metropole

Von Gerd Held

Attacken auf die Wohnung des SPD-Vorsitzenden, Gewaltandrohungen gegen ein internationales Stadtplanungs-Atelier und ein 1. Mai, der zur Machtprobe mit dem neuen Senat erklärt wird – es liegt in diesem Frühjahr eine eigenartige Spannung über der deutschen Hauptstadt, die auch für hiesige Maßstäbe ungewöhnlich ist. Die Gewaltakte und verbalen Drohgebärden, die bisher in begrenzten Milieus zu Hause waren, richten sich deutlicher auf die ganze Stadt. Ein Hauch von Machtkampf zieht durch Berlin, das als große Metropole durchaus verletzlich ist.

Mit dem neuen Senat aus SPD und CDU hat eine kleine, aber bedeutsame Änderung im Berlin-Diskurs Einzug gehalten. Von der „europäischen Metropole“ ist nun die Rede. Damit wird ein höherer Anspruch formuliert, als es das selbstgefällige „arm, aber sexy“ war. Tatsächlich verändert sich Berlin, im internationalen Rahmen wird es längst als Metropole wahrgenommen. Demgegenüber machte die Stadtpolitik bisher den Eindruck, als müsste diese Entwicklung aus dem Innern der Stadt eher skeptisch verfolgt werden. Man sah, wie sich das soziale Spektrum Berlins vergrößerte, aber man schloss daraus vorschnell auf eine „soziale Spaltung“ – als gäbe es bei allen Unterschieden in Einkommen, Macht und Bildung nicht doch eine Wechselbeziehung, die in einer Metropole mit „mehr Reichen“ auch mehr Verdienstmöglichkeiten für untere Schichten entstehen lässt. Das verkennt das Reizwort der „Gentryfizierung“, mit dem das Bild eines allgemeinen Verdrängungskampfes gemalt wird. Gewiss haben die gehobenen Schichten Vorteile bei der Wohnungswahl, aber sie können nicht die ganze Stadt besetzen.

Eine Metropole ist immer beides: asymmetrische Stadt und offene Stadt.

Auch gegenwärtig ist Berlin mit seiner neuen Attraktivität noch nicht im reinen. Deshalb war es kein geringer Schritt, dass sich der neue Senat ausdrücklich zum internationalen Rang der Stadt bekannte. Damit kann eine neue Legitimität für Dinge geschaffen werden, die im täglichen Klein-Klein der lokalen Interessen nicht durchsetzbar sind – wie die Inbetriebnahme des neuen Großflughafens oder den Weiterbau der Stadtautobahn A 100. Allerdings steht die Berliner Politik erst am Anfang einer Klärung, welche Konsequenzen sich aus einer aktiven Metropolisierung ergeben. Wie weit ist eine Gentryfizierung in zentralen Wohnlagen zu akzeptieren? Ist die Mobilität zwischen Stadtteilen nicht wichtiger als ihre Angleichung? Wird die Schulpolitik des „gemeinsamen Lernens“ wirklich den Wissensanforderungen einer Metropole gerecht? Die Unsicherheit in solchen Fragen, die oft gar nicht offen ausgesprochen werden können, bringt eine gewisse Gereiztheit in die Diskussion, die auch in den heftigen Personalquerelen in der Berliner SPD zum Ausdruck kommt. Der Diskurs über Berlin braucht Zeit, um sich auf die reale Entwicklung einzustellen.

In diese Situation melden sich nun ganz andere Kräfte zu Wort, die auf Konfrontation aus sind und eine schnelle Eskalation brauchen. Die jüngsten Gewaltaktionen und die Drohgebärden in der Öffentlichkeit steuern auf eine Machtprobe zu und wollen jetzt Tabus schaffen. Sie haben eine diktatorische Tendenz, die bestimmen will, was zu Berlin gehört und was nicht. Ein Großkonzern wie BMW solle froh sein, wenn es

„nur bei Angriffen mit Farbbeuteln“ bleibe, verkündete der Sprecher der Initiative zur „Verhinderung“ eines Stadtplanungs-Ateliers. Hier wird unverhohlen ein genereller Machtanspruch erhoben. Eine Gruppe will der ganzen Stadt ihr Gesetz auferlegen – ihr geht es nicht nur um eine einzelne Aktion, sondern um eine generelle Einschüchterung. Sie will ein Zensur-Klima in der Stadt schaffen, in der jede Initiative und jede Investition einer Gesinnungsprüfung unterzogen wird. Hier gibt es eine Parallele zu der Situation, in der die Fahrgäste auf bestimmten Berliner S-Bahnhöfen auf das Wohlwollen von Jugendbanden hoffen müssen, wenn sie heil ans Ziel kommen wollen. Gewiss gehört ein gewisses Maß an Gewalt zu einer Großstadt, aber hier verändert sie ihren Charakter. Sie wird zum Instrument eines Herrschaftsanspruchs. Sie bleibt nicht mehr im Rahmen von Privatkonflikten in bestimmten Milieus, sondern nimmt Zugriff auf die Gesamtheit der Stadt. Sie wird zum Regime. Damit wird eine rote Linie überschritten.

Viele große Metropolen dieser Welt kennen aus ihrer Entwicklung Phasen, in denen die Gewalt aus bestimmten Milieus auf die ganze Stadt überzugreifen drohte. Sie mussten Machtproben mit Clans, Banden und Syndikaten bestehen, wenn sie nicht ihre Existenz als Städte von Rang und Ausstrahlung aufs Spiel setzen wollten. Die Geschichten von Drogen- und Rotlichtkartellen, von Hafen-Syndikaten und Immobilien-Mafias, die versuchten, einer ganzen Stadt ihr Gesetz aufzuerlegen, sind schon oft erzählt worden. Sie alle machten sich die Tatsache zunutze, dass die modernen Riesenstädte bei aller Kraftentfaltung zugleich sehr viele offene Flanken haben. Sie sind anfällig gegen Zerstörungen und

Blockaden von Minderheiten. Sie bieten Raum für „kleine Imperien“, die sich in ihnen einnisten und sich ihr Wohlwollen bezahlen lassen. Metropolen laufen also immer wieder Gefahr, erpressbar zu werden. Ob New York, Chicago, Neapel, Marseille, Athen, Mexiko-Stadt oder Moskau – sie alle waren oder sind immer wieder mit dem Problem der Parallel-Herrschaften in der Stadt konfrontiert. Wo wäre New York, wenn es nicht vor einigen Jahren rigoros gegen die Bandenherrschaft, die ganze Stadtteile besetzt hielt, vorgegangen wäre? Für jede Metropole ist es existenziell, diese Gefahr der eigenen Erpressbarkeit im Auge zu haben und rechtzeitig dagegen vorzugehen. Dabei zählt das richtige Augenmaß. Es ist Unsinn, eine große Stadt von jedweder Gewalt und Verwahrlosung „säubern“ zu wollen. Ziel kann nur eine Einhegung sein, die dort entschieden eingreift, wo bestimmte Gruppen versuchen, Schlüsselpositionen zu erobern. Dort ist die rote Linie.

Berlin ist in Gefahr, erpressbar zu werden. Die unverhohlene Drohung mit Gewaltaktionen im gesamten Stadtgebiet und die Versuche, in der öffentlichen Meinung Tabus zu errichten, zeigen eine neue Qualität. Noch erscheinen die einzelnen Ereignisse isoliert. Noch neigt die Politik - und die Gerichte - dazu, vieles mit Armut und Bildungsmängeln zu entschuldigen und auf die befriedende Wirkung des Sozialstaats zu hoffen. Aber das ist eine Unterschätzung der Spannungslage. In einem historischen Moment, in dem die Metropolenperspektive für Berlin noch ungewohnt und unsicher ist, ist die Versuchung groß, die Stadt in eine Machtprobe zu stürzen und den SPD-CDU-Senat vorzuführen. Berlin blickt mit Sorge auf den 1.Mai.

(Manuskript vom 14.4.2012, erschienen als Essay in der Tageszeitung DIE WELT unter der Überschrift „Kampf um Berlin“ am 17.4.2012)